

NACHRICHTEN

Neue Welle von Kriegsflüchtlingen

GENÈVE: Verstärkte Kämpfe um die Diamantenregion in Sierra Leone haben eine neue Welle von Bürgerkriegsflüchtlingen ausgelöst. In den zurück liegenden vier Tagen überquerten 2500 Menschen die Grenze ins benachbarte Guinea, wie der Sprecher des UN-Flüchtlingswerks (UNHCR), Ron Redmond, am Freitag in Genf mitteilte. Zahlreiche Frauen und Mädchen gaben an, sie seien aus der Gewalt der RUF-Rebellen geflohen, die sie zu Haus- und Wachdiensten gezwungen hätten. In Guinea leben bereits 300 000 Flüchtlinge aus Sierra Leone, in Liberia sind es 96 000.

Klagen abgewiesen

SYDNEY: Ein australisches Gericht hat gestern in einem Musterprozess Entschädigungsklagen von zwei Ureinwohnern abgewiesen. Sie waren als Kinder von ihren Familien getrennt und in Heimen untergebracht worden. Die Regierung müsse die für Traumata, Leid und kulturelle Isolation der Kläger geforderte Entschädigung nicht zahlen, urteilte Richter Maurice O'Loughlin im Bundesstaat Northern Territory. Ein Gesetz hatte es staatlichen und kirchlichen Organisationen bis in die 60er-Jahre hinein erlaubt, Kinder, die zum Teil von Aborigines abstammten, ihren Eltern wegzunehmen und in Heimen zu erziehen. Offizielles Ziel war, die Aborigines enger an die weisse Gesellschaft heranzuführen.

Chavez beendet Irak-Reise



BAGDAD: Der venezolanische Präsident Hugo Chavez hat gestern seinen Besuch in Irak beendet. Zum Abschluss bot er dem irakischen Staatschef Saddam Hussein Unterstützung für seine Bemühungen an, ein Ende der 1990 eingeführten UN-Sanktionen gegen Irak zu erreichen. Im Mittelpunkt des Treffens stand die Vorbereitung des OPEC-Gipfels am 27. September in der venezolanischen Hauptstadt Caracas.

Fast 1000 Opfer an den Grenzen der DDR

FRANKFURT/MAIN: An den Grenzen der ehemaligen DDR sind nach den neuesten Erkenntnissen nahezu 1000 Menschen eines gewaltsamen Todes gestorben. Wie die Arbeitsgemeinschaft 13. August gestern in Berlin mitteilte, beträgt die Zahl der bisher bekannt gewordenen Todesopfer 957, das sind 14 Tote mehr als noch im vergangenen Jahr bekannt war. Wegen Mitverantwortung am Tod dreier Menschen an der Grenze beantragte die Staatsanwaltschaft vor dem Schweriner Landgericht Bewährungsstrafen gegen ehemalige DDR-Offiziere. Die Hauptgruppen der Opfer bilden die auf der Flucht erschossenen oder durch Sprengkörper getöteten Personen sowie Menschen, die auf der Flucht ertranken, wie Hildebrandt, der Leiter der Arbeitsgemeinschaft erklärte.

Studentin entführt

BOGOTA: Bei einer Forschungs Expedition in Kolumbien ist eine deutsch-kolumbianische Studentin zusammen mit rund zwei Dutzend Studienkollegen entführt worden. Die 24-Jährige mit deutscher und kolumbianischer Staatsangehörigkeit gehöre ebenso wie ein Professor aus den USA zu einer 26 Personen umfassenden Studiengruppe der Universität Bogota und lebe seit Jahren mit ihrer Familie in dem südamerikanischen Land, berichtete das Auswärtige Amt in Berlin am Freitag. Am Donnerstag sei gemeldet worden, dass die Studiengruppe in der Region Antioquia im Nordwesten des Landes von noch unbekanntem Bewaffneten entführt worden sei. Eine Forderung für ihre Freilassung liege noch nicht vor. Die zehn Studenten, sechs Lehrbeauftragte, fünf Biologen und mehrere Assistenten untersuchten nach Angaben der Universität die Tier- und Pflanzenwelt in der ländlichen Gegend südöstlich von Medellin.

Los Angeles soll für Al Gore die Wende bringen

Vor der Parteiversammlung liegt Clintons Vizepräsident weit hinter Bush

LOS ANGELES: Die nächsten Tage entscheiden über den Wahlkampf von Al Gore: Schafft er es auf dem am Montag beginnenden Parteitag der Demokraten in Los Angeles, seinen republikanischen Gegenspieler George W. Bush zu überrunden oder geht er in den Meinungsumfragen als Zweiter in die Präsidentenwahl am 7. November?

Seit dem Wahlparteitag der Republikaner liegt Bush in den Umfragen mit einem Vorsprung von elf bis 18 Punkten vor Gore. Gespalten ist die Öffentlichkeit in der Frage, ob die Vereinigten Staaten nach acht Jahren unter Präsident Bill Clinton einen grundlegenden Wandel brauchen (48 Prozent der vom Fernsehsender CBS Befragten) oder die gegenwärtige Richtung beibehalten sollten (44 Prozent).

Mit der Berufung des jüdischen Senators Joseph Lieberman als Gores «running mate» für das Amt des Vizepräsidenten gelang den Demokraten immerhin bereits eine Überraschung, mit der sie ihr Profil gegenüber den Republikanern stärken können. Die Politik der Partei habe sich unter Clinton zwar von ihrem früheren betont fortschrittlichen Charakter entfernt, gestehen etwa die Parteitagsdelegierten aus Minnesota ein. Aber jetzt zeige sich, dass die Demokraten immer noch eine wirklich liberale Partei seien, sagt die Delegierte Mathea Little Smith. Einen anderen Schluss legt jedoch die Debatte um die Abgeordnete Loretta Sanchez nahe, die



Präsidentenskandidat Al Gore muss in den nächsten Wochen kräftig zulegen, wenn er am 7. November die US-Wahlen gewinnen möchte. Noch liegt er laut Meinungsumfragen weit hinter Bush zurück.

mit ihrem Festhalten an einer Veranstaltung im Zentrum der Zeitschrift «Playboy» einen Sturm der Entrüstung auslöste. Unter dem Druck katholischer Kreise beschloss der Parteitagsvorsitzende Joe Andrew am Donnerstag,

Sanchez von der Rednerliste zu nehmen. Die von Gore mitgetragene Entscheidung könnte die Wahlchancen bei den «Hispanics» mindern, weil die Minderheit der aus Lateinamerika stammenden US-Bürger in Sanchez ihre führen-

de Vertreterin hat. Die Republikaner werfen Gore jetzt Heuchelei vor, weil die Wahlkampagne der Demokraten das Geld des «Playboys» keineswegs verschmäht: Wie die Unterlagen der Wahlkommission ausweisen, hat «Playboy»-Gründer Hugh Hefner 1000 Dollar, seine Tochter Christie 500 Dollar für den Wahlkampf von Gore gespendet.

Während Loretta Sanchez ihre Parteitagsrede einmotten kann, ist Clinton noch dabei, an seinem grossen Auftritt am Montagabend zu feilen. Im Anschluss an seine Frau Hillary will er im Staples Center von Los Angeles die Leistungen seiner achtjährigen Präsidentschaft ausbreiten und um Vertrauen für seinen Vizepräsidenten Gore werben. Clintons Rede wird für Gore nicht unproblematisch sein, weil der Kandidat aus dem skandalumwitterten Schatten Clintons heraustreten will. So haben denn auch die Leitung der Gore-Kampagne und das Weisse Haus vereinbart, dass sich die beiden in Los Angeles aus dem Weg gehen werden: Clinton verlässt die Versammlung am Dienstag, Gore wird erst am Mittwoch eintreffen und dann am Donnerstag die offizielle Nominierung für die Präsidentschaftskandidatur entgegennehmen. Ungeachtet des innerparteilichen Geplänkels vor Beginn der Convention bereitet sich Los Angeles auf das grösste Ereignis in der zweitgrössten amerikanischen Stadt seit den Olympischen Spielen von 1984 vor. Die «Democratic National Convention» bringt 20.000 Delegierte und Besucher in die Stadt, nahezu ebenso viele Journalisten und mehrere tausend Demonstranten.

Lech Walesa freigesprochen

Weg für Präsidentschaftskandidatur ist nun offen

WARSAU: Ein Sondergericht in Warschau hat den einstigen polnischen Gewerkschaftsführer Lech Walesa am Freitag vom Verdacht freigesprochen, als Spitzel für den kommunistischen Sicherheitsdienst gearbeitet zu haben.

Zuvor hatte bereits der Anklagevertreter die Einstellung des Verfahrens gegen den Friedensnobelpreisträger gefordert, da die vorgelegten Beweismittel widersprüchlich und unsicher seien. Mit «an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit» existieren keine Originaldokumente, die eine Zusammenarbeit Walesas mit dem Sicherheitsdienst belegen, hiess es in der Urteilsbegründung der drei Richter.

Vor gut zwei Wochen waren dem Gericht Dokumente vorgelegt worden, denen zufolge Walesa in den 70er Jahren unter dem Decknamen «Bolek» Spitzel der Sicherheitsdienste gewesen sein soll. Walesa hatte stets seine Unschuld beteuert: «Ich habe mit dem Sicherheitsdienst gekämpft, nicht mit ihm zusammengearbeitet», wiederholte er auch am Freitag. Es gebe kein entsprechendes Dokument, keine Original-Unterlagen zur Akte «Bolek», bestätigte auch das Gericht. In der Vergangenheit hatten Walesa und seine Anwälte bereits eine Manipulation der belastenden Papiere vermutet. Noch am Vormittag hatte es am dritten und entscheidenden Verhandlungstag so ausgesehen, als müsste Walesa nicht nur um seinen Ruf, sondern auch um seine politische Zukunft bangen. Der ehemalige Leiter der Staatsschutzbehörde

UOP, Piotr Naimski, sagte vor Gericht, er habe «überhaupt keinen Zweifel», dass Walesa mit dem geheimnisvollen Agenten «Bolek» identisch sei.

Der nächste Zeuge, ebenfalls ein einstiger UOP-Spitzenbeamter namens Gromoslaw Czempinski, schloss genau dies aus. Nach seiner nichtöffentlichen Aussage betonte er vor Journalisten sogar, es sei eine Schande, Walesa als ein Symbol für die polnische Arbeiterbewegung diesem Verfahren auszusetzen. Walesa musste sich wie alle Kandidaten für hohe öffentliche Ämter der Untersuchung stellen, ob er in der Vergangenheit mit den kommunistischen Sicherheitsbehörden zusammengearbeitet hat. Wäre das Gericht zu der Auffassung kommen, dass Walesa falsche Angaben über seine Vergangenheit gemacht hat, wäre ihm nach polnischem Recht zehn Jahre lang ein politisches Amt verwehrt gewesen.



Lech Walesa ist gestern vom Verdacht, ein Spitzel gewesen zu sein, freigesprochen worden.

NORDIRLAND

Anschlag vereitelt?

DUBLIN: Fast eine halbe Tonne Sprengstoff haben irische Sicherheitskräfte in einem Lieferwagen nahe der Grenze nach Nordirland sichergestellt.

Die nordirische Polizei vermutete gestern, eine Splittergruppe der Irish-Republicans' Army (IRA) habe mit den 450 Kilogramm einen Anschlag in Londonderry verüben wollen. In der zweitgrössten Stadt Nordirlands ist heute Samstag ein Marsch von Zehntausenden Protestanten geplant.

Der Lieferwagen hatte am Donnerstag in Londonderry einen Kontrollposten der Polizei durchbrochen. Bei der anschliessenden

Verfolgung überquerte das Fahrzeug die Grenze nach Irland. Die irische Polizei entdeckte den Sprengstoff am Abend des vergangenen Samstag in County Donegal nahe der Grenze. Sprengstoffbesitzer führten eine kontrollierte Explosion aus. Einweicht Klumpen entfernt fand die Polizei ein weiteres verlassenes Auto, von dem niemand zu der Parade der protestantischen Apparents, Boyden dem überwiegend von Katholiken bewohnten Londonderry, wo bis zu 40 000 Teilnehmer erwartet. Sie erinnern mit ihrem Marsch an die erfolgreiche Verteidigung der Stadt gegen ein katholisches Heer im Jahr 1689. Der Name der Paradedemokratie ist von 13 Hundert sollen abgeleitet sein. Die Stadt vor verteidigt. In den vergangenen Jahren war es häufig zu Zusammenstössen zwischen Apparents, Boyden und kommunistischen Anwohnern gekommen.

«Revolutionssteuer» nicht bezahlt

ETA bekennt sich zu zwölf Anschlägen

MADRID: Die baskische Untergrundorganisation ETA hat sich am Freitag zu zwölf Terrorakten der vergangenen Monate bekannt.

Die jüngsten Mordanschläge vom Dienstag und Mittwoch wurden in der Erklärung aber noch nicht genannt. Damit setzt die ETA ihre Praxis fort, sich erst mit Verzögerung zu ihren Aktionen zu bekennen.

In einem Schreiben an die baskische Tageszeitung «Euskaldunon» werden Anschläge in der Zeit vom

9. Mai bis 29. Juli dieses Jahres genannt, darunter auch die Ermordung von zwei Politikern.

Der Stadtrat Jose Maria Martin Carpena von der regierenden Volkspartei wurde am 12. Juli in der südspanischen Stadt Malaga erschossen. Der sozialistische Politiker Juan Maria Jauregui wurde am 29. Juli während seines Urlaubs im Norden getötet. Andere Anschläge wurden damit begründet, dass die Opfer sich geweigert hätten, eine «Revolutionssteuer» an die ETA zu zahlen.